

# Inhalt der Sitzung vom 17.12.2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag der CDU Fraktion zu TOP 4 auf „Änderung der Reihenfolge der Punkte im Beschlussvorschlag und inhaltliche Erweiterung des Beschlussvorschlags zu Pkt. 3 (alt)“ abgegeben.

## TOP Ö 2

### **Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO**

Die Gemeinde erhielt eine Spende von der Sparkasse Heidelberg in Höhe von 500 € für die Jugendfeuerwehr Plankstadt. Eine Spende für die Notgemeinschaft über 2500 € bekam die Gemeinde von der Weldebräu GmbH & Co. KG. Die Kleinspendeliste bis 100 € im Einzelfall enthält 567,69 €.

GR Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) bedankte sich im Namen der PL bei den Spendern und gab die Zustimmung. Sie regte an, Beträge im Cent-Bereich künftig etwas unbürokratischer zu lösen.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU bei den Spendern und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) bedankte sich im Namen der SPD bei den Spendern und gab die Zustimmung.

GR Sigrid Schüller (GLP) bedankte sich im Namen der GLP bei den Spendern und gab die Zustimmung.

Einstimmig angenommen.

## TOP Ö 3

### **Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr; Beratung u. Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2013**

RAL Krohier stellte im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation nochmals die wichtigsten Zahlen des Haushalts vor.

BGM Schmitt nahm Bezug auf die vergangene Sitzung des VKSS vom 26.11.2012. Es ist erfreulich, dass aus der Zuführung zum VMH aus geplanten 380 T€ nun über 500 T€ wurden, bei gleichzeitiger Reduzierung der Ausgaben. Man kann davon ausgehen, dass das laufende Haushaltsjahr besser abschließt als geplant. Das neue Haushaltsjahr 2013 wurde konservativ geplant. Der Bürgermeister sprach dann alle Haushaltsanträge der Fraktionen an und stellte diese vorab zum Beschluss.

**Plankstadter Liste:** „Umstellung vom badischen auf das Württemberger Modell bei der Kinderbetreuung“. Hier gab es Vorschläge zur Erleichterung der Gebührenbelastung der Eltern mit einer übergreifenden Zweitkindregelung durch die Verwaltung.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass der PL das Württemberger Modell sehr am Herzen liege, die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung aber akzeptabel sei. Käme es damit allerdings nicht zu einer spürbaren Entlastung der Eltern, werde man den Antrag 2013 erneut stellen.

„Änderung der Entgeltabrechnung in der Ferienbetreuung“. Hier wird eine Satzungsänderung im GR beschlossen werden, entsprechende Mittel sind im HH bereits eingestellt.

**CDU:** „Untersuchung für Erweiterung der Kinderkrippe im Altrott“. Hier ist derzeit nicht erkennbar, dass 2013 eine Erweiterung gebraucht wird. Die Verwaltung hält die eingestellten Mittel für ausreichend.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man den Antrag als erledigt betrachten könne.

„Hauptwege des Friedhofs mit wasserbindendem Belag versehen“. Die Verwaltung schlägt vor, auf einer überschaubaren Strecke einen neuen Belag aufzubringen und dann das Ergebnis auszuwerten. Dafür reichen die eingestellten Mittel.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man seitens der CDU damit leben könne.

„Beschluss einer Satzung bezüglich einer Förderung von Tagesmüttern mit 1 € pro Kind und Stunde, max. 100 € pro Kind und Monat“. Dies wird derzeit durch die Verwaltung erarbeitet.

„Fahrradweg zwischen Plankstadt und Eppelheim mit Straßenbeleuchtung versehen“. BGM Schmitt sagte, dass man seitens des Gremiums festgelegt hat, außerhalb geschlossener Ortschaften keine Beleuchtung zu installieren. Hier müssten dann im Zuge der Gleichbehandlung andere Wege mit Beleuchtung versehen werden. Dieser HH-Antrag muss abgestimmt werden.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dieser Weg stelle eine besondere Ausnahme dar, weil er ein Weg zur Schule sei. Man sehe dies seitens der CDU als Schulwegsicherung an.

**SPD:** „Koordination des Winterdienstes mit der Stadt Eppelheim auf der Strecke zur Schule“. Dies wurde durch die Verwaltung bereits erledigt.

„20.000 € für die Begrünung der Feldflur. Anlegung einer Streuobstwiese als erster Schritt“. Die Verwaltung hat mit dem Amt für Flurbereinigung geklärt, dass dieses die Bäume, die die Gemeinde für erhaltenswert erachtet, in deren Begrünung aufnimmt.

„Bereitstellung eines Grundstückes zum Anlegen eines Haines, in dem anlässlich unterschiedlicher Jubiläen Bäume gepflanzt werden können“. Dies wird durch die Verwaltung vorbereitet und im Rahmen der Flurbereinigung umgesetzt.

**GLP:** „Anschaffung eines Wasserspielgeräts für das Hallenbad“. Mittel sind im HH vorhanden.

„Bereitstellung von 2 Wertmarken für den Häckselplatz für Anwohner mit gemeindeeigenen Bäumen vor dem Grundstück“. Der Bauhof nimmt bei Grundstücken mit vielen gemeindeeigenen Bäumen ohnehin die Säcke mit Laub etc. mit. Daher soll der HH-Antrag abgelehnt werden.

„Neue Mikrofonanlage für das Gemeindezentrum“. Es wurden entsprechende Mittel in den HH eingestellt.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass man dann auch gleich entsprechende Außenlautsprecher mit anschaffen sollte.

„Zur Verfügung stellen von 1 bis 2 Seiten im GMB für Veröffentlichungen der Gemeinderatsfraktionen“. Dies wird zur Abstimmung gestellt.

„Organisation einer Busfahrt für die Anwohner der Eppelheimer und Schwetzinger Straße nach Karlsruhe zur Information über die Straßenbahn“. Hier wurden entsprechende Mittel eingestellt.

#### **Abstimmung:**

Antrag der CDU „Fahrradweg“:

GR Horst Kolb (PL) sagte, dass er sich mit vielen Eltern der betroffenen Kinder unterhalten habe. Das Problem sei vor allem die Winterzeit, daher favorisiere er einen Bus zu 2 bis 3 Taktten im Winter anstelle einer Beleuchtung.

BGM Schmitt sagte, dass es bereits einen Bus gibt der nach Eppelheim fährt. Ein zusätzlicher Bus sei noch teurer als eine Beleuchtung.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass die Verantwortung für den Schulweg auch bei den Eltern liege und eine gute Beleuchtung am Fahrrad hier sehr wichtig sei.

Mehrheitlich abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen der CDU, bei 12 Gegenstimmen von PL, SPD, GLP und BGM.

Antrag der GLP „Wertmarke“:

Mehrheitlich abgelehnt mit 2 Ja-Stimmen von GLP und GR Jutta Schneider (SPD), bei 14 Gegenstimmen von PL, CDU und BGM und 2 Enthaltungen der SPD.

Antrag GLP „GMB“:

GR Jutta Schuster (CDU) schlug vor den Antrag in den Ausschuss zu verweisen. Dies wurde seitens des Gremiums allerdings nicht angenommen.

Mehrheitlich abgelehnt, mit 4 Ja-Stimmen von SPD und GLP, bei 8 Gegenstimmen von PL und BGM und 6 Enthaltungen der CDU.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass die HH-Situation bereits in der letzten GR-Sitzung ausführlich erläutert wurde und im Ausschuss nochmals besprochen wurde. Der größte Posten der Einnahmen komme aus den Schlüsselzuweisungen und sei keine Eigenleistung der Gemeinde. Die Investitionen müssen im Einzelfall stets geprüft werden. Die PL unterstütze weiter den Kurs der Haushaltskonsolidierung. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass der HH 2013 ganz eindeutig mitgetragen werde aus der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage. Derzeit werden ganze Staaten von Agenturen „abgeratet“ – wann findet das in Plankstadt statt? Oberstes Gebot sei keine weiteren Kreditaufnahmen und ein gleichzeitiger Schuldenabbau. Die Steigerung der Ausgaben für die Kinderbetreuung durch die gesetzlichen Vorgaben sei ein Tribut an die Gesellschaftspolitik. Man müsse als Gemeinde attraktiv bleiben. Bei den Personalkosten sei man auf einem guten Weg, aber in ein paar Jahren falle das GBA weg und Personalressourcen werden frei. Die Sanierung des Rathauses werde in den nächsten Sitzungen angegangen. Schuster forderte Sperrvermerke bei der Sanierung des Antoniuswegs, dem Neubau eines Wohngebäudes und den Ausgaben für die Untersuchung der Straßenbahnverlängerung. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man zwar in unsicheren Zeiten lebe, allerdings nicht alles schwarzmalen müsse. 2013 werde nicht so schlecht werden. Der Vorbericht des HH sei noch kürzer als im Vorjahr geworden, was das Nachvollziehen für die Gemeinderäte erschwere. Man müsse die Ausgaben weiter begrenzen und die Einwohnerzahl erhöhen. Ziel bleibe weiterhin die Steigerung der Ertragskraft. Mit dem Schuldenstand bewege man sich im Mittelfeld. Seitens der SPD würde der Einzelplan 8120 „Nahwärme“ sehr kritisch gesehen. Er fragte, wie die Stellungnahme des RPs zum Anschluss an die Gemeindewasserversorgung aussehe? BGM Schmitt sagte, dass die Antwort des RPs noch ausstehe. Mende gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass das Ergebnis des Haushalts 2012 besser als erwartet war. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung seien wesentlich höher, wegen der Schaffung von 30 neuen Krippenplätzen, allerdings ist hier der Zuschuss der Landesregierung auch deutlich erhöht worden. Die GLP befürworte die Untersuchung für die Straßenbahn, die Fassadensanierung des Wasserturms und die Ortskernsanierung. Man lese viel über Abriss und Grunderwerb. Man könne sich nicht mit einer Erweiterung des Rathauses arrangieren, nur mit einer Sanierung des Bestands. Es gäbe viele Räumlichkeiten im näheren Umfeld des Rathauses, auf die man die Büroräume verteilen könne. Sie gab die Enthaltung der GLP.

Abstimmung Sperrvermerke:

Neubau Wohngebäude: Einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung des BGM.

Antoniusweg: zurückgezogen

Straßenbahn: mehrheitlich abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen der CDU, bei 12 Gegenstimmen von PL, SPD, GLP und BGM.

## **TOP Ö 4**

### **Straßenbahnverlängerung Eppelheim – Plankstadt – Schwetzingen**

In Folge des nicht nur regionalen, sondern auch landes- und bundesweiten Ausbaus des Schienennahverkehrs werden seit einiger Zeit Überlegungen angestellt, die Ost-West-Trasse Eppelheim-Schwetzingen neu zu bauen.

Die Stadt Heidelberg hat ein umfassendes Mobilitätskonzept für die Erweiterung des Straßenbahnangebots erstellt. Dieses beinhaltet in Abstimmung mit der Gemeinde Plankstadt und den Städten Eppelheim und Schwetzingen auch die angedachte Verlängerung der Straßenbahnlinie von Eppelheim nach Schwetzingen. Inzwischen liegen umfassende Machbarkeitsuntersuchungen vor, die sowohl die Wirtschaftlichkeit und Förderfähigkeit der Straßenbahnverlängerung als auch die bauliche Situation der Streckenverlängerung untersuchten. Die standardisierte Bewertung hat die grundsätzliche Förderfähigkeit der Investitionen zum Bau der Streckenverlängerung durch Bund und Land ergeben, weil die Maßnahme verkehrlich sinnvoll ist und der gesamtwirtschaftliche Nutzen größer ist als die gesamtwirtschaftlichen Kosten. Die Straßenbahnverlängerung über Plankstadt nach Schwetzingen ist technisch machbar.

Zur Vorbereitung des Antrags nach GVFG/Entflechtungsgesetz ist eine abschließende weitergehende Untersuchung erforderlich. Die Kosten liegen bei rund 200.000 €, geteilt in 100.000 € anteilig Rhein-Neckar-Kreis, 100.000 € anteilig Eppelheim, Plankstadt und Schwetzingen.

Zwischen den (Ober)Bürgermeistern von Schwetzingen, Eppelheim und Plankstadt wurde vereinbart die Kosten für die weitergehenden Untersuchungen mit dem Maßstab 1/3 Streckenlänge und 2/3 Einwohnerzahl sachgerecht und nachvollziehbar aufzuteilen. Dies ergibt Kosten in Höhe von 34.299 € für Plankstadt.

Ein zügiges Vorgehen ist erforderlich, da nach heutigem Stand die Förderung nach dem GVFG/Entflechtungsgesetz zum Jahr 2019 ausläuft und danach eine 80 %-Förderung nicht mehr zu erreichen sein wird.

Es ist geplant, die Plankstadter Bürgerinnen und Bürger nach der am 22.11.2012 erfolgten Bürgerversammlung in 3 weiteren spezifischen Workshops zu beteiligen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag auf geänderten Beschlussvorschlag seitens der CDU abgegeben.

GR Prof. Udo Weis (CDU) trug den Antrag zum geänderten Beschlussvorschlag der CDU vor und sagte, es gehe darum dem Bürger zu verdeutlichen, dass er mitwirken könne und mit einem Bürgerentscheid selbst entscheide. Die CDU hoffe, dass dadurch die Mitarbeit in den entsprechenden Foren aktiver und zielführender sein werde. Es fehle dem Gemeinderat an moralischer Legitimation, weil die Amtsperiode zu kurz sei, um das Ergebnis des Entschlusses zu erleben. Man solle gewisse Verfahrensregeln gleich am Anfang festlegen.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, er sehe keine Notwendigkeit für einen geänderten Beschlussvorschlag. Man müsse belastbare Fakten durch eine Studie schaffen lassen. Er gab dem Beschlussvorschlag der Verwaltung eine grundsätzliche Zustimmung.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, dass man heute nicht über die Straßenbahn entscheide, sondern über die Untersuchung ob diese überhaupt machbar sei. Der Bürger brauche schlicht eine Entscheidungsgrundlage. Es wäre fahrlässig und wenig weitsichtig, die Tür heute zuzuschlagen. Sie gab die Zustimmung zur Vorlage.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, die Diskussion über die Kosten der Straßenbahnverlängerung seien ihr zu einseitig. Autos bzw. der Individualverkehr würden deutlich höhere Kosten als

eine Straßenbahn verursachen. Seitens der GLP gäbe es ein klares Ja zur Straßenbahn und eine Zustimmung zur Vorlage.

Abstimmung über den geänderten Antrag auf geänderten Beschlussvorschlag der CDU:

GR Prof. Udo Weis (CDU) sagte, der GR solle in diesem Falle seine Entscheidungsgewalt an den Bürger abgeben.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, das Argument einer längeren Wirkungszeit als die Mandatszeit könne nicht gelten. Nach dieser Argumentation dürfe der GR als legitimierte Bürgervertretung über viele Dinge nicht entscheiden. Nach dem vorliegenden Antrag müsste auch ohne Fördergelder eine Entscheidung per Bürgerentscheid kommen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) regte an, den Beschlussvorschlag unter 3. zu ändern und mit dem Zusatz „mit einem Bürgerentscheid“ zu versehen.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, er wolle daran erinnern, dass wir in Deutschland eine repräsentative Demokratie haben.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) schlug vor, den Punkt Bürgerentscheid unter 4. hinzu zu fügen.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, sie verstehe die Diskussion nicht. Wenn alle Fakten auf dem Tisch seien müsse es zu dem Bürgerentscheid kommen.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte, man brauche für den Bürgerentscheid weder Termin noch Formulierung.

GR Prof. Udo Weis (CDU) sagte, dass ihm durchaus klar sei, welche demokratische Ordnung wir in der BRD haben, es aber einfach die gesetzliche Regelung des Bürgerentscheids gebe. Man brauche das Vertrauen der Bürger in das Verfahren.

BGM Schmitt schlug als Kompromiss vor, den geänderten Beschlussvorschlag der CDU zum weiteren Verfahren mit dem Passus „vorbehaltlich einer Förderzusage“ zu ergänzen. Er fragte, ob dies seitens der CDU so akzeptiert werden könne?

GR Prof. Udo Weis (CDU) sagte, dass man dies so nicht akzeptieren könne und man den Vorschlag unverändert zur Abstimmung stellen wolle.

Abstimmungsergebnis geänderter Beschlussvorschlag der CDU:

Antrag auf Änderung der Reihenfolge:

Mehrheitlich abgelehnt bei Stimmgleichheit mit 9 Ja-Stimmen von CDU und SPD und 9 Gegenstimmen von PL, GLP und BGM.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Nr. 1:

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von PL, SPD, GLP und BGM bei 6 Gegenstimmen der CDU.

Nr. 2:

Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von PL, SPD, GLP und BGM bei 6 Gegenstimmen der CDU.

Nr. 3:

Weitergehender Antrag Nr.1 der CDU:

Die notwendige Entscheidung über den Bau der Verlängerungsstrecke und über die Verteilung der laufenden Betriebskosten erfolgt abschließend durch einen Bürgerentscheid.

Mehrheitlich abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen der CDU, bei 11 Gegenstimmen von PL, SPD, GLP und BGM, sowie 1 Enthaltung von GR Jutta Schneider.

Geänderter Verwaltungsvorschlag:

Die notwendige Entscheidung über den Bau der Verlängerungsstrecke und über die Verteilung der laufenden Betriebskosten erfolgt vorbehaltlich einer Förderzusage abschließend durch einen Bürgerentscheid.

Einstimmig beschlossen mit 12 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen der CDU. Aufgrund der fehlenden, jedoch beim Beschluss von Bürgerentscheiden gesetzlich geforderten 2/3 Mehrheit aller Gemeinderatsmitglieder, gilt der Beschluss dennoch als abgelehnt!

## **TOP Ö 5**

### **Teiländerung des Bebauungsplans „Neurott II“**

#### **Satzungsbeschluss**

In der Sitzung am 15.10.2012 hat der Gemeinderat die folgende Änderung des Bebauungsplanes „Neurott II“ im Teilbereich MI 1 beschlossen:

Im Mischgebiet M 1 wird die Zahl der Vollgeschosse von I auf II und die Geschossflächenzahl von 0,35 auf 0,7 geändert.

Nach erfolgter Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung kann nun ein Satzungsbeschluss erfolgen.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 6**

### **Ausscheiden von Gemeinderätin Gaby Wacker aus dem Gemeinderat der Gemeinde Plankstadt**

Gemeinderätin Gaby Wacker beabsichtigt nach Ratszugehörigkeit seit 12.06.1994 zum 31.12.2012 aus dem Gemeinderat auszuscheiden. Gemäß § 6 der Richtlinien für Ehrungen durch die Gemeinde Plankstadt würdigt die Gemeinde langjährige, verantwortungsvolle Tätigkeit im Gemeinderat von mehr als 2 Wahlperioden mit der Ehrennadel in Bronze.

GR Gaby Wacker verließ vor Eintritt in den TOP den Ratstisch wegen Befangenheit.

GR Gerhard Waldecker (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD und sagte, es sei ein großer Verlust für alle, Frau Wacker werde eine große Lücke hinterlassen.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.